



Parlamentswahlen in den Vereinigten Staaten 2014

RUSS CARNAHAN
Oktober 2014

- Bei den bevorstehenden US-Kongresswahlen werden das bislang republikanisch dominierte Repräsentantenhaus und ein Drittel des mehrheitlich demokratisch besetzten Senats neu gewählt. Während ein Machtwechsel im Repräsentantenhaus höchst unwahrscheinlich ist, kommt es im Wahlkampf um den Senat zu einem Kopf-an-Kopf-Rennen.
- Die Stärken der Demokraten liegen beim Zuspruch der Minderheiten, den innerparteilichen Konflikten der Republikaner und der besseren Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Jahre.
- Den Republikanern kommt die normalerweise geringere Wahlbeteiligung bei Zwischenwahlen zugute, die erfolgreiche Etablierung von Wahlhürden für Minderheiten sowie die verbreitete Enttäuschung über die Obama-Regierung.
- Wie beide Parteien aus den midterm elections hervorgehen, wird indes den zukünftigen Grundstein für die politische Handlungsfähigkeit Washingtons legen und darüber entscheiden, ob die verbleibenden zwei Jahre der Obama-Regierung von Stillstand und Blockade oder neuer Kompromisskultur geprägt sein werden.

Die Ausgangsposition

Die Kongresswahlen am 4. November 2014 werden ohne Zweifel sowohl von der Tagespolitik als auch von historischen Trends entschieden.

Nach der schlimmsten Rezession seit Jahren ist das Konsumverhalten noch immer eher zurückhaltend. Auch wenn die Börse neue Höchstwerte zeigt und die Wirtschaftsentwicklung wieder anzieht, haben viele Familien sich immer noch nicht von der Krise erholt.

Bei innenpolitischen Fragen wie Immigration, Waffen, Abtreibung und der Rolle der Regierung ist die Gesellschaft weiterhin tief gespalten. Andererseits haben die veränderte öffentliche Meinung – vor allem der jüngeren Generation – und neue Gerichtsurteile ungewöhnlich schnell den Weg für eine Angleichung des Eherechts geebnet. Im Bereich der Bürgerrechte hingegen lässt sich eine schleichende Erosion der durch den Voting Rights Act von 1964 erreichten Gleichstellung beobachten: Konservative Bundesstaaten installieren administrative Hürden, die es Rentnern und ethnischen Minderheiten erschweren, an Wahlen teilzunehmen. Nachdem der unbewaffnete afro-amerikanische Teenager Michael Brown von einem Polizisten in Missouri erschossen wurde, gingen Bilder von Demonstrationen und Ausschreitungen um die Welt und führten zu einer neuen öffentlichen Diskussion über Rassismus, vor allem in Bezug auf die Polizei und ihre Militarisierung.

In der Außenpolitik ist die amerikanische Öffentlichkeit trotz einer allgemeinen Kriegsmüdigkeit besorgt um ihre Sicherheit, die von zahlreichen gewalttätigen und destabilisierenden Ereignissen auf der ganzen Welt bedroht wird. Die Amerikaner fragen sich, inwiefern die USA international Verantwortung übernehmen soll und was der Preis eines solchen Engagements sein wird. Auch herrscht Unsicherheit, ob die Regierung sich auf einen gemeinsamen Weg mit dem Kongress einigen können wird. Darf der Präsident jedoch ohne Rückendeckung des Kongresses agieren? Wird der Kongress sich um ein Votum zu Kriegseinsätzen drücken, um bei Fehlschlägen nicht verantwortlich zu sein?

Über die außenpolitischen Fragen hinaus werden die Wähler ihre Entscheidung auch mit Blick auf die bisherige Arbeit von Präsident Barack Obama fällen. Sowohl 2008 als auch 2012 war er mit dem Versprechen angetreten,

zwei Kriege zu beenden, das Gesundheitssystem zu reformieren und die unter George W. Bush geschwächte Wirtschaftslage zu konsolidieren. Mit einigem Recht kann man sagen, dass Obama in diesen Bereichen Erfolge zu verzeichnen hat. Seine Kritiker halten jedoch dagegen, dass er zu früh mit dem Abzug aus dem Irak begonnen, die Einführung des neuen Gesundheitssystem verpfuscht und mit den falschen Strategien auf die Wirtschaftskrise reagiert habe. Selbst als Obama Ideen seiner republikanischen Gegner übernahm, wurde er bei keiner seiner wichtigen Initiativen unterstützt. Die Strategie der Republikaner bestand in einer Fundamentalopposition im Kongress. Eine seltene Ausnahme war jüngst die breite Unterstützung von beiden Parteien, gemeinsam mit den arabischen Partnern mit Luftschlägen gegen die Terrororganisation *Islamischer Staat* (I.S.) vorzugehen.

Der gelähmte Kongress

Die Wähler werden bei der Wahl nicht nur ihre Kongressabgeordneten, sondern auch die Arbeit des Kongresses insgesamt bewerten. Dessen Umfragewerte sind auf einem historischen Tief, die Zustimmungsrate bewegt sich meist im einstelligen Bereich.

Der Kongress ist neben der Exekutive und der Judikative eine der drei staatlichen Gewalten. Der Begriff »Kongress« wird für das gesamte Zweikammersystem verwendet: Das Repräsentantenhaus hat 435 Mitglieder, die alle zwei Jahre aus ihren Wahlkreisen gewählt werden; jeder der Wahlkreise umfasst ca. 750.000 Personen. Im Senat repräsentieren 100 Abgeordnete die 50 Bundesstaaten (pro Staat zwei Senatoren). Durch die kleineren Wahlkreise und die häufigeren Wahlen soll das Repräsentantenhaus schneller auf die Stimmungen und Bedürfnisse der Bevölkerung reagieren können. Die Legislaturperiode der Senatoren hingegen dauert sechs Jahre, alle zwei Jahre steht ein Drittel des Senats zur Wahl. Somit ist der Senat eine auf Langfristigkeit angelegte Kammer, in der die Hitze tagespolitischer Entscheidungen abkühlen kann.

Diese Aufteilung spiegelt amerikanische Werte wie die Vermeidung von exzessiver Machtkonzentration und eine starke Gewaltentrennung wider. Durch das System der »checks and balances« wird die Notwendigkeit hervorgehoben, zusammen zu arbeiten und Kompromisse zu finden.

Doch das Prinzip der Einheit durch Kompromisse war in den letzten Jahren großen Herausforderungen ausgesetzt. Zunächst im Senat, wo es jüngst Praxis wurde, dass um einen Gesetzesentwurf überhaupt zu diskutieren, eine »super majority« von 60 aus 100 Stimmen benötigt wird. Deshalb kann die Minderheit der Republikaner diese Gesetzesentwürfe sowie Nominierungen des Präsidenten für Richterposten trotz einer demokratischen Mehrheit von 55 Sitzen jederzeit blockieren. Im republikanisch regierten Repräsentantenhaus stellt deren Sprecher inzwischen einen Gesetzesentwurf nur dann zur Debatte, wenn die Mehrheit der Republikaner dies unterstützt. Dabei geht es darum, dem Willen der republikanischen Mehrheit zu folgen, ohne sich bei einem Gesetzesentwurf auf die Stimmen der Demokraten für ein Gesetz verlassen zu müssen, selbst wenn er breite Unterstützung aus beiden Parteien erhält. Diese Praxis ist zu einem großen Teil dafür verantwortlich, dass es im Kongress zu ungekannten Spaltungen bis hin zum fast vollständigen legislativen Stillstand gekommen ist.

Besonders verwirrend für die Öffentlichkeit ist dabei die Tatsache, dass die Kontrolle des Kongresses momentan geteilt ist – die Republikaner haben im Repräsentantenhaus die Mehrheit und die Demokraten im Senat. Jede Partei gibt der anderen die Schuld an der Blockade. Dadurch ist unklar, wem Lob oder Kritik gebührt und eine generelle Abneigung gegenüber Washington wird geschürt.

Mid term elections = mid term »corrections«?

Neben aktuellen Themen, die das Wahlverhalten beeinflussen unterliegen die Zwischenwahlen auch langfristigen historischen Trends. Die Kongresswahlen in der Mitte der Amtszeit eines Präsidenten werden auch »midterm corrections« genannt und beschreiben die Abwendung der Wähler von der Regierungspartei. Dadurch kann die Arbeit der Administration verlangsamt oder gar gestoppt werden. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass große politische Verschiebungen bei Zwischenwahlen durch bestimmte Faktoren begünstigt werden. Sie erfolgen meist:

1. wenn die Präsidentschaftswahl zwei Jahre zuvor ein großer Sieg war.

2. wenn sich im sechsten Jahr bzw. bei der zweiten Zwischenwahlen einer doppelten Amtszeit Wahlmüdigkeit breit macht. Dafür gibt es den Begriff des »verflixten sechsten Jahres« (»six-year itch«).

3. wenn sie im Kontext eines Skandals (bspw. Watergate) oder im Zuge tiefgreifender Debatten erfolgen (bspw. Lyndon B. Johnson und der Vietnamkrieg, Bush und der Irakkrieg, Obama und die Gesundheitsreform sowie Diskussionen über die Rolle Amerikas im Ausland).

Im Vorfeld der Zwischenwahlen 2014 haben es die Demokraten und Präsident Obama mit allen drei Faktoren zu tun.

Die Wahlen 2008 waren für die Demokraten eine der beteiligungsreichsten seit langem und viele Demokraten wurden in den Kongress gewählt. Nur zwei Jahre später erlitten die Demokraten in den Zwischenwahlen 2010 jedoch eine empfindliche Niederlage, viele konservative regierungskritische Republikaner zogen in den Kongress ein und machten es sich zur Aufgabe, Obamas Agenda zu blockieren um ihre eigenen Ziele durchzusetzen. Auch 2012 gewann Obama gegen Mitt Romney mit einem substantiellen, wenn auch kleineren Abstand als vier Jahre zuvor. Deswegen ist die Frage, welche Partei beanspruchen kann, die Mehrheit der Wähler zu vertreten durchaus berechtigt. Sein wichtigstes Wahlversprechen, das Obama zwei Wahlsiege eingebracht hat, war die Reform des Gesundheitssystems. Die Unterstützer der Tea-Party-Bewegung wählten wiederum Kandidaten, die Obamacare verhindern und rückgängig machen wollten.

Aufgrund dieser aufeinander folgenden gegensätzlichen Mandate ist es kein Wunder, dass Washington tief gespalten ist und an Unterstützung in der Bevölkerung verliert. Was wird bei den Zwischenwahlen 2014 passieren und kann es noch schlimmer werden? Könnten Obama vielleicht noch zwei viel schwierigere Jahre bevorstehen? Werden die Ergebnisse im November die Präsidentschaftswahlen 2016 beeinflussen? Die Antwort auf all diese Fragen ist »ja«. Unklar ist nur, wie sehr.

Ein Kopf-an-Kopf Rennen

In der Betrachtung der Vor- und Nachteile für beide Parteien bei den Zwischenwahlen im November, spielt die öffentliche Wahrnehmung eine entscheidende Rolle.

Eine Reihe von Punkten spricht für einen Wahlsieg der Demokraten:

1. Die Republikaner sind gespalten und tragen öffentlich Kämpfe zwischen traditionellen Parteimitgliedern und den Extremisten der Tea Party aus. Die Spaltungen in der Partei und die Tea Party als neues Gesicht der Republikaner könnten die wichtigsten Faktoren sein, um den Verlust für die Demokraten bei den Zwischenwahlen zu minimieren. Ein aussagekräftiges Beispiel ist die demokratische Senatorin Claire McCaskill aus Missouri. Sie galt bei den Zwischenwahlen 2012 als Wackelkandidatin des moderaten Bundesstaats im Mittleren Westen und man befürchtete eine Niederlage gegen den konservativen Republikaner Todd Akin. Doch dann verstieg sich Akin zu einigen extrem abstrusen Aussagen über Frauen, die Opfer von sexueller Gewalt geworden sind. Selbst bei Vergewaltigung oder Inzest lehnte er einen Schwangerschaftsabbruch ab und erklärte öffentlich, dass Frauen einen natürlichen Schutz vor Schwangerschaft bei Vergewaltigung hätten und »einfach zumachen« könnten. Akin wurde das Gesicht der Tea-Party-Extremisten und sorgte so nicht nur dafür, dass McCaskill einen überwältigenden Sieg errang, sondern auch für die Niederlage anderer Republikaner, die mit der Tea Party in Verbindung gebracht wurden. Die extremen Ansichten Todd Akins sorgten dafür, dass die Differenzen zwischen den beiden Parteien in einer Art und Weise deutlich wurden, die Demokraten an den Urnen deutlich profitierten ließ. Die Mehrheit der Amerikaner befürwortet ein vernünftiges Abtreibungsrecht mit sorgsam gezogenen Grenzen. Das ist auch einer der Gründe, warum Frauen tendenziell eher für die Demokraten als die Republikaner stimmen.

2. Umfragen zeigen, dass die Republikaner Frauen und ethnische Minderheiten als Wähler verschreckt haben, vor allem Latinos aufgrund ihrer Haltung zur Einwanderungsreform. Frauen machen die Mehrheit aller Wähler aus und stimmen eher für die Demokraten. Latinos und andere Minderheiten zählen in den südlichen Staaten zur am schnellsten wachsenden Bevölkerungsgruppe.

3. Die Wirtschaft ist seit dem Tiefpunkt der Krise kontinuierlich gewachsen. Normalerweise stimmen die Wähler danach ab, wie sie ihre eigene ökonomische Situation einschätzen. Die Demokraten täten gut daran, wenn sie sich auf die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage konzentrierten und darauf hinwiesen, dass die Republikaner

wichtige Wirtschaftsinitiativen wie das Transport- und Infrastrukturgesetz blockieren.

4. Trotz anfänglichen Zögerns hat Präsident Obama nach der brutalen Enthauptung zweier amerikanischer Journalisten deutliche Schritte gegen I.S. eingeleitet. Ein entschiedenes und erfolgreiches Handeln des Präsidenten könnte seine Umfragewerte verbessern und die Zwischenwahlen beeinflussen.

Für einen Wahlsieg der Republikaner spricht ebenfalls eine Reihe von Punkten:

1. Die Umfragewerte für Präsident Obama sind niedrig. Die Republikanischen Kandidaten treten explizit gegen Obama an. Die demokratischen Kandidaten wahren Distanz zum Präsidenten und vermeiden gemeinsame öffentliche Auftritte.

2. Die geringere Wahlbeteiligung bei den Zwischenwahlen begünstigt die Republikaner, da sie ihren traditionellen Wählerblock besser mobilisieren können. Analysten sind der Meinung, dass Wähler aus unteren Schichten oder mit mittlerem Einkommen nicht wählen gehen werden, weil sie einerseits schon einen demokratischen Präsidenten haben und andererseits die Wahl schwer mit ihrem Alltag von Arbeit, Familie und anderen Verpflichtungen vereinbaren können.

3. Oft sind republikanische Wähler leidenschaftlicher, wenn es gegen Obama und die Demokraten geht als umgekehrt.

4. In einigen Gegenden des Landes, beispielsweise den Staaten an der südlichen Grenze, fühlen sich konservative Wähler von der wachsenden Zahl Lateinamerikaner und anderer Minderheiten bedroht.

5. Im Senat steht ein Drittel der Abgeordneten zur Wahl und die Demokraten müssen dieses Jahr mehr Sitze verteidigen. Die meisten von ihnen wurden vor sechs Jahren mit einer knappen Mehrheit gewählt und profitierten von den Ergebnissen der Präsidentschaftswahlen 2008 und der hohen Wahlbeteiligung. Aus dem Windschatten des Präsidenten 2008 wurde nun Gegenwind.

6. Bei den Wahlen zum Repräsentantenhaus sorgen Manipulation und politisch gezogene Wahlkreisgrenzen dafür, dass die meisten Sitze entweder sicher an Demo-



kraten oder an Republikaner gehen. Beim Wahlkreis-zuschnitt wertet man historische Wählerdaten aus und konzentriert die Wähler einer Partei möglichst in einem Wahlbezirk. Das Ergebnis sind oft Wahlkreise mit bizarren Formen und es gibt nur wenige wirklich umstrittene Sitze. Dadurch ist es schwer, das Kräfteverhältnis zu ändern.

7. Seit einem Urteil des Obersten Gerichtshofes im April 2014 sind unbegrenzte, nicht dokumentierte Wahlkampfspenden erlaubt. Unternehmen und Gewerkschaften können so in den Wahlkampf eingreifen. Diese Veränderung nützt eher den Republikanern, da Unternehmen tendenziell mehr Mittel einsetzen als Gewerkschaften.

8. Sehr erfolgreich wurde außerdem versucht, durch Gesetze und Verordnungen auf Bundesstaatsebene Bürger von der Wahl abzuhalten. Diese Gesetze betreffen Wähler und Gegenden, in denen eher für die Demokraten gestimmt wird und schließen aufwendige Wahlberechtigungsprozesse ein.

Ausblick 2016

Wenn sich der Traum der Republikaner erfüllt und sie im Senat die Mehrheit erlangen und damit beide Seiten des Kongresses kontrollieren, könnte das trotzdem nur ein kurzlebiger Sieg sein.

Zwar würde es Präsident Obamas Agenda schaden, doch wenn die Republikaner den ganzen Kongress in der Hand hätten, wären sie auch für all seine Probleme verantwortlich. Sie müssten dann für alles, was die Legislative tut oder nicht tut, geradestehen. Die zwar noch nicht offiziell angekündigte aber wahrscheinliche demokratische Spitzenkandidatin für die Präsidentschaftswahlen Hillary Clinton könnte davon profitieren, wenn die Republikaner einen Kongress mit historisch niedrigen Umfragewerten halten. Es sei daran erinnert, dass Harry Truman 1948 erfolgreich als Präsident gegen den sogenannten »Tun-nichts-Kongress« der Republikaner kandidierte. Bei den Wahlen 2016 könnte Hillary Clinton oder anderen Demokraten dasselbe gelingen.



Über den Autor

Russ Carnahan ist ehemaliger Kongressabgeordneter der Demokratischen Partei aus Missouri und Vorsitzender der Congressional Study Group on Germany

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Westeuropa/Nordamerika |
Abteilung Internationaler Dialog
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Anne Seyfferth, Leiterin des Referats Westeuropa / Nordamerika

Tel.: ++49-30-269-35-7736 | Fax: ++49-30-269-35-9249
<http://www.fes.de/international/wil>
www.facebook.com/FESWesteuropa.Nordamerika

Bestellung/Kontakt hier:
FES-WENA@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Das FES-Büro in Washington, DC

Zentrales Ziel der Arbeit des Büros ist die Förderung des transatlantischen Dialogs im Sinne sozialdemokratischer Werte und Ideen. Mit unseren Programmen wollen wir deutsche und europäische Debatten mit US-amerikanischen und kanadischen verknüpfen. Darüber hinaus liegt es in unserem Interesse, Partner und Entscheidungsträger aus dritten Regionen in einen Dialog mit einzubinden, um Ideen und Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen zu entwickeln. Zu diesen Regionen und Ländern gehören der Nahe und Mittlere Osten, Afghanistan, Russland und die Türkei.

Ein weiteres wichtiges Element unserer Arbeit ist der Aufbau und die Pflege von transatlantischen Netzwerken zwischen politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Think Tanks, Universitäten, Gewerkschaften sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die inhaltlichen Projektschwerpunkte des Büros liegen in den Bereichen Demokratieförderung und Konflikttransformation, Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen, Minderheiten und Integration, Energie- und Klimapolitik sowie Arbeits- und Wirtschaftsbeziehungen.

Friedrich Ebert Foundation
1023 15th Street, NW | Suite 801
Washington, DC 20005

Tel.: +1-202-408-5444
Fax: +1-202-408-5537
Email: fesdc@fesdc.org
<http://www.fesdc.org>

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.